

Schängel-Serie: Erinnerung an NS-Opfer Sollen Besuche in früheren Konzentrationslagern Pflicht für Schulen werden?

KOBLENZ. Die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) verlangte angesichts antisemitischer Übergriffe, dass jeder, der in Deutschland lebe, mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte besuchen müsse. Zahlreiche Historiker und Leiter von Gedenkstätten sehen solche Besuche sehr kritisch. In den Veranstaltungen zum Gedenktag an die NS-Opfer am 27. Januar 2018 haben sich Landtagspräsident Henrik Hering und Stellvertreter der Ministerpräsident Volker Wissing für einen solchen Pflichtbesuch ausgesprochen. Der Schängel sprach darüber mit Joachim Hennig, dem Autor unserer Reihe über das Erinnern an NS-Opfer.

Schängel: Herr Hennig, was halten Sie von der Idee solcher Pflichtbesuche?
Joachim Hennig: Als langjähriger „Gedenkarbeiter“ in Koblenz und Umgebung müsste ich eigentlich für solche Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten sein, aber ich halte nicht viel davon.

Schängel: Warum?

Hennig: Der Ruf von Politikern nach solchen Pflichtbesuchen, wie überhaupt nach Maßnahmen gegen neonazistische, fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Vorkommnisse, wird immer wieder laut, wenn diese Schlagzeilen machen. Dann gibt es eine spontane Reaktion, die aber bald wieder abebbt und nicht zu längerfristigem Interesse und Engagement führt. So wird es auch hier wieder sein.

Schängel: Aber nun steht diese Idee doch im Raum, warum sollte sie nicht umgesetzt werden?

Hennig: Da müsste zunächst einmal Klarheit herrschen, was mit solchen Pflichtbesuchen erreicht werden soll. Standard ist in Gedenkstätten eine Führung durch die Gedenkstätte und die dort vorhandene Dauerausstellung von zwei Zeitstunden, jedenfalls ist das in den landeseigenen Ge-

denkstätten in Rheinland-Pfalz so. Der Gedanke ist, in dieser Zeit nachdrücklich die Geschichte der NS-Zeit zu vermitteln, nachdrücklicher als das im Schulunterricht möglich ist, und – unausgesprochen – durch die „Authentizität“ des Ortes eine Betroffenheit der Besucher zu erzeugen.

Schängel: Und das gelingt nicht?

Hennig: In der Kürze der Zeit kann man nur schwerlich – allgemein – über die NS-Zeit besser aufklären als in einem Unterricht, in dem heute auch Arbeitshilfen und Medien zur Verfügung stehen. Und eine „starke Betroffenheit“ sollte nicht das Ziel eines solchen Besuchs sein.

Schängel: Aber ein solcher Besuch soll doch gerade Emotionen hervorrufen – oder nicht?

Hennig: Ein Besuch soll vor allem der (historischen) Wissensvermittlung dienen, aber keine falsche Augenblickstrauer hervorrufen. Vor einigen Jahren fand in der Gedenkstätte Buchenwald ein Seminar für LehrerInnen und andere MultiplikatorInnen mit dem Titel „Weinen bildet nicht“ statt. Diese Einschätzung wird heute von den in der Gedenkarbeit Tätigen allgemein geteilt. Sie geht auf den sog. Beutelsbacher Konsens zurück.

Schängel: Was ist das: der Beutelsbacher Konsens?

Hennig: Auf einer Tagung im Beutelsbach im Jahr 1976 haben Fachleute die Grundsätze für die politische Bildung festgelegt. Das sind drei Prinzipien: Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung. Kurz gesagt: Lehrende dürfen SchülerInnen nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen SchülerInnen in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigene Meinung zu bilden. Ziel der politischen Bildung ist es, die SchülerInnen zu mündigen Bürgern heranzubilden. Das ist nur durch Aufklärung und durch die Anregung, sich aktiv an po-



Die beiden landeseigenen Gedenkstätten in Rheinland-Pfalz: Die Gedenkstätte KZ Osthofen bei Worms und das SS-Sonderlager/KZ Hinzert bei Hermeskeil/Hunsrück. Foto rechts: Uni Trier

litischen Prozess zu beteiligen, möglich – und nicht durch die Überwältigung vor Ort, und sei es in einer Gedenkstätte. Wie problematisch solche Pflichtbesuche sind, weiß man ja noch aus DDR-Zeiten. Damals war der Besuch der Gedenkstätte Buchenwald den Schülern zwingend vorgeschrieben, traditionell fand er zurzeit der Jugendweihe statt. Was dieses Pflichtprogramm bewirkt hat, kann man ja heute noch bei der Bevölkerung im Osten unseres Landes festzustellen.



Joachim Hennig war von 1977 bis 2013 Richter, zuletzt am OVG Koblenz. Er ist u.a. Autor und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Mahmal Koblenz sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz, Träger des Koblenzer Kulturpreises und des Bundesverdienstkreuzes am Bande.

Schängel: Soll es also bei der Freiwilligkeit des Besuchs bleiben?

Hennig: Ja unbedingt, ein Zwang hilft nicht weiter. Er schafft eher Unmut und Verdross bei dieser ohnehin schwierigen Thematik. Ob und wie solche Besuche stattfinden und ablaufen, hängt entscheidend von den Lehrkräften, von ihrem Interesse und Engagement, ab. Man sollte sie „fördern und fordern“. Interesse und Engagement sind nötig, aber auch nicht ausreichend. Wichtig sind Kontakte von LehrerInnen zu den Gedenkstätten und Initiativen und auch die Weiterbildung der Lehrkräfte. Mit dem Besuch der Gedenkstätten allein ist es für die SchülerInnen nicht getan. Solche Besuche müssen vor- und nachbereitet werden. Das muss man lernen und dann auch können. Ein Gedenkstättenbesuch darf kein verlängerter Schulbesuch sein, er sollte eine eigene Qualität als ein wichtiger außerschulischer Lernort haben.

Schängel: Sind damit alle Probleme für einen Gedenkstättenbesuch beherrschbar?

Hennig: Nein, es gibt weitere. Ich will gar nicht über die Kostenfrage einer solchen Vielzahl von Gedenkstättenfahrten sprechen, wohl aber über die Kapazitätsfrage. Darüber hat noch keiner nachgedacht. Schon jetzt sind die Gedenkstätten gut



„ausgebucht“. Wenn ich für die von mir geleitete ganzjährige Tagung für RechtsreferendarInnen über „Recht und Justiz im Dritten Reich“ einen Termin in der Gedenkstätte KZ Osthofen suche, wird das erfahrungsgemäß schon Monate im Voraus eng.

Schängel: Wie soll das bei Pflichtbesuchen der Schulen werden?

Hennig: Dafür stehen nur die Schultage zur Verfügung, die Wochenenden und Ferien fallen aus. Schon jetzt können die Gedenkstätten mit ihrem Personal die Besucherwünsche nicht erfüllen, sie sind auf freie Mitarbeiter als „Guides“ angewiesen. Diese lassen sich nicht beliebig vermehren, schließlich müssen sie einen historischen Hintergrund und eine gewisse Qualifikation sowie ein pädagogisches „Händchen“ für die Besucher haben. Noch viel gravierender sind die Probleme, wenn man die Besuche von KZ-Gedenkstätten außerhalb von Rheinland-Pfalz in den Blick nimmt, etwa in Buchenwald oder Ravensbrück. Dort sind die Besuche nur mit Übernachtungen möglich, und dabei ist die Kapazität noch viel geringer. Spätestens da sehe ich ein Scheitern der jetzt diskutierten Idee eines Pflichtbesuchs, jedenfalls auf mittlere Sicht. Da zeigt sich auch die Kurzsichtigkeit dieser Forderung, eine gewisse Förderung erfährt.

Schängel: Dann bleibt alles wohl beim Alten – oder?

Hennig: Das muss es nicht und das sollte es auch auf keinen Fall! Denn die Herausforderungen für die Gedenkarbeit sind ja da und bleiben da. Wir müssen sie verstärkt angehen, aber nicht nur mit einem Gedenkstättenbesuch.

Schängel: Welche Möglichkeiten der Gedenkarbeit gibt es denn sonst noch?

Hennig: In Rheinland-Pfalz gibt es eine recht große Zahl von Initiativen und Einzelpersonen, die in der Gedenkarbeit vor Ort engagiert sind. In der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit im heutigen Rheinland-Pfalz sind inzwischen 63 von ihnen organisiert. Nicht alle kommen für eine solche Gedenkarbeit mit Schulen in Betracht, hängt es doch immer von wenigen und ehrenamtlichen Aktiven ab. Aber diese gibt es und Landtagspräsident Hering hat in seiner Ansprache in der Plenarsitzung des Landtages am 27. Januar 2018 ausdrücklich das Engagement der Landesarbeitsgemeinschaft und ihrer Mitglieder für die Erinnerungskultur im Land hervorgehoben. Das sind die richtigen Worte. Es wäre aber sehr zu wünschen, dass diese Gedenkarbeit, zumal bei der Zusammenarbeit mit Schulen, eine gewisse Förderung erfährt.

Schängel: Wie sieht diese Gedenkarbeit hier in Koblenz aus?

Hennig: Hier in Koblenz sind drei Vereine Mitglied dieser Landesarbeitsgemeinschaft: die Christlich-Jüdische Gesellschaft für Brüderlichkeit, der Freundchaftskreis Koblenz-Petah Tikva und der Förderverein Mahmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz. Ich bin stellvertretender Vorsitzender dieses Fördervereins und kann nur für ihn sprechen.

Der Förderverein Mahmal Koblenz macht regelmäßig seine wichtigsten Veranstaltungen um den 27. Januar, den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, ist aber auch jährelang aktiv. Leider werden wir in der Stadt nicht so wahrgenommen, wie es die Heamatik verdient. Das gilt gerade auch für Schulen. Ein Grund liegt darin, dass wir in der Stadt keinerlei Möglichkeit haben, unsere Arbeit zu präsentieren und Aufmerksamkeit zu erregen. Unsere gesamte Ausstellung mit Biografien von inzwischen 121 NS-Opfern aus Koblenz und Umgebung nebst Begleitmaterialien lagern in einer Besenkammer des Mutter-Beethoven-Hauses in Koblenz-Ehrenbreitstein neben Schmierseife und Toilettenpapier. Das ist seit über zwei Jahren so und völlig unwürdig.

Schängel: Welche Möglichkeiten der Gedenkarbeit gibt es denn sonst noch?

Hennig: Da eine Änderung nicht absehbar ist, bemühen wir uns seit einiger Zeit, unsere ohnehin schon sehr umfangreiche Homepage zu einem virtuellen NS-Dokumentationszentrum Koblenz und nördliches Rheinland-Pfalz auszubauen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Projekt und in dieser Form einmalig in ganz Deutschland. Inzwischen haben wir unsere gesamte Ausstellung mit Biografien von NS-Opfern auf diese Webseite gebracht und durch Dokumente zu den Personen und den Ereignissen ergänzt. Weiter findet man auf der Homepage sehr ausführliche Chronologien der Ereignisse von 1933 bis 1945, natürlich speziell zu Koblenz und Umgebung,

auch eine Chronologie zur Diskriminierung und Verfolgung der Juden und der Deportationen von Koblenz aus. Des Weiteren dokumentieren wir Stätten der Verfolgung, in Koblenz und Umgebung von Koblenz und auch im gesamten damaligen NS-Herrschaftsbereich. Weitere Informationen gibt es zu Tätern aus Koblenz und Umgebung, zu den in Koblenz verlegten Stolpersteinen und überhaupt zur Geschichte der Gedenkarbeit in Koblenz. In Arbeit ist auch eine vollständige Präsentation meiner Aufsätze, Artikel, Vorträge u.a. der letzten mehr als 20 Jahre auf dieser Webseite.

Das ist schon jetzt eine sehr gute Informationsquelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Koblenz und NS-Opfer und -Täter aus Koblenz und dem ganzen nördlichen Rheinland-Pfalz. Das gilt umso mehr, als die Webseite eine interne Suchfunktion hat, auf der man einen Begriff oder einen Namen eingeben kann und dann sämtliche Informationen dazu erhält. Auf die Homepage wird schon jetzt weltweit zugegriffen. Vor einem Jahr hatten wir den millionsten Besucher, zurzeit sind es monatlich 40.000 Nutzer, 1300 täglich. Diese Homepage bietet auch Schulklassen, LehrerInnen und Einzelpersonen aus Koblenz und Umgebung die Möglichkeit zur Gedenkarbeit, zur Recherche, Dokumentation, Erinnerungsarbeit sowie zur politischen Bildung. Dieses vor allem biografisch orientierte Lernen kann sehr gut anstelle oder auch zur Vorbereitung (und auch Nachbereitung) von Gedenkstättenbesuchen eingesetzt werden. Den digitalen Zugang kann man dabei auch noch durch die Ausleihe von Teilen der – realen – Dauerausstellung nebst Begleitmaterial unterstützen. All dies ist für Schulen kostenlos möglich.

⇒ Schauen Sie doch mal vorbei auf: www.mahmalkoblenz.de.